

Rollenbilder aufbrechen – Lebensentwürfe ermöglichen

Für eine informierte Berufswahl – Mädchen gezielt stärken

In der öffentlichen Diskussion über die „männlichen Bildungsverlierer“ in Deutschland wird zunehmend nach der Ablösung von Förderkonzepten für Mädchen durch Angebote für Jungen gerufen. Diese seien die eigentlichen „Verlierer der weiblichen Bildungsemanzipation“ und bedürften nun der besonderen Aufmerksamkeit der Bildungspolitik.

Als Grüne wollen wir die Programme für Mädchen und Angebote für Jungen nicht gegeneinander ausspielen. Die derzeitige Debatte darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die jungen Frauen immer noch in eine einseitige Berufsorientierung gedrängt werden. Die Zahlen beweisen: Die durchschnittlich besseren Schulabschlüsse können nicht in einen wirtschaftlichen Erfolg im Berufsleben umgesetzt werden.

Geschlechtergerechter Unterricht

Tradierte Rollenbilder werden bereits in der Kita und der Schule in den Köpfen der Kinder und Jugendlichen verankert, deshalb muss bereits hier mit dem Aufbrechen von Geschlechterklischees begonnen werden. Dazu bedarf es einer Sensibilisierung von Genderproblematiken in der Ausbildung von ErzieherInnen und Lehrkräften. Zudem fordern wir, dass die schulischen Lehrmittel hinsichtlich Rollenmuster und ihrer Ausgewogenheit bei der Darstellung von bedeutenden Männern und Frauen überprüft und entsprechend geändert werden. Denn zu einem geschlechtergerechten Unterricht gehört auch, dass die Geschichte von weiblichen Politikerinnen, Schriftstellerinnen und Künstlerinnen aus allen Epochen ausreichend behandelt wird. Diese sollen gerade Mädchen und jungen Frauen als Vorbild dienen.

Die alten Zahlen sind die neuen Zahlen

Auch nach jahrzehntelangen Bemühungen, die Segregation des Arbeitsmarktes aufzubrechen, sind die Ergebnisse mager: Immer noch entscheiden sich 80 Prozent der Mädchen für nur 25 Ausbildungsberufe. Der Anteil von jungen Frauen in technischen Berufen oder technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen geht nach jahrelanger Stagnation jetzt sogar zurück. Damit verschenkt NRW seine intellektuellen Kapazitäten in einem erschreckenden Maße ohne bisher eine effektive Gegenstrategie zu realisieren.

Eingeschränkte Berufswahl führt zu eingeschränkter Lebensplanung

Studien zeigen, dass gerade Mädchen ihren Berufswunsch weniger oft als Jungen realisieren können und dass sich ihr Bestreben, eine Balance zwischen Beruf und Familie herzustellen, negativ auf die Realisierung ihres Berufswunsches und ihre Berufstätigkeit auswirken. Weder dem Elternhaus noch der vorschulischen Erziehung, weder dem Bildungssystem noch der Jugendhilfe oder der Berufsberatung gelingt es die auch in den Medien vorherrschenden Rollenstereotype aufzubrechen und den jungen Frauen zu einer selbstbestimmten Entscheidung auf einer umfassenden Informationsgrundlage zu verhelfen. Die Wahlfreiheit wird durch ein Zusammenspiel subtiler oder bewusst eingesetzter Einflussfaktoren in der Biografie der Mädchen immer mehr eingeschränkt. Auch die Kriterien für eine Berufsentscheidung programmieren Mädchen den Weg in eine wirtschaftliche Abhängigkeit vor: Aufstiegschancen, ein gutes Einkommen und eine potenzielle Führungsaufgabe seien für Mädchen nicht so wichtig wie bei Jungen.

Geschlechtsspezifische Fächerwahl in der Schule führt sehr häufig zu geschlechtsspezifischer Studienwahl, deren Weg in eine wirtschaftliche Sackgasse führen kann, da Arbeitsplätze in diesen Bereichen oft knapper und schlecht bezahlt sind. Frauen studieren also häufiger am Arbeitsmarkt vorbei und haben durch ihre Patchworkbiografien aufgrund von Sorgearbeit weniger Aussichten das Niveau ihrer Ausbildung im Berufsleben zu halten. Der Kreis durch geschlechtsstereotypes Einüben von Neigungen, mangelnde Information, Einengung der Wahlfreiheit durch das Bildungssystem und katastrophale Ausstattung der formalen Berufsberatung schließt sich bei weniger Gehalt und weniger Rente für die meisten Frauen.

Nur Geschlechtersensible Strategien führen zu einem langfristigen Erfolg

Informationsangebote zur Berufsorientierung an Schulen und bei standardisierten Beratungen sind meistens geschlechtsblind und verfestigen die Benachteiligung der Mädchen wie neueste Forschungsergebnisse zeigen.

Ein Weg stereotype Vorstellungen und Berufsorientierungen aufzubrechen, ist die frühzeitige Information und individuelle Beratung an Schulen von spezialisiertem Fachpersonal, regelmäßig und bereits mit Beginn der Sekundarstufe I ganztägige und erlebnisorientierte Veranstaltungen für Schulklassen, Jahrgangsstufen und nach Bedarf auch geschlechterdifferenziert anzubieten, bei denen Mädchen wie auch Jungen ein ganzes Spektrum möglicher Berufe mit ihren typischen Inhalten konkret kennen lernen können. Wir brauchen eine Gesamtstrategie über alle Ebenen und die Verzahnung der Bereiche, die bei der Berufsorientierung prägend wirken. Sie sind bisher nicht aufeinander abgestimmt und nicht mit genügend personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet. In Nordrhein-Westfalen hat die schwarz-gelbe Landesregierung durch die Kürzungen der Regionalstellen Frau und Beruf sogar die Förderung in diesem Bereich auf ein Minimum heruntergefahren.

Die Grünen NRW fordern:

- Geschlechtergerechten Unterricht mit entsprechender Ausbildung der Lehrkräfte sowie ausgewogenes Lehrmaterial;
- die massive Ausweitung individueller Berufswegeberatung in Schulen, durch Träger der Jugendhilfe und andere Institutionen;
- eine umfassenden Strategie zur Verzahnung von Elternarbeit, vorschulischer Erziehung, Jugendhilfe, Schule und Berufsberatungsangeboten zu entwickeln;

- die flächendeckende Regelfinanzierung von Mädchenarbeit in der Jugendhilfe;
- innerhalb der Regionalagentur ein Budget für umfassende, geschlechtersensible Berufsorientierung und Berufswahlbegleitung festzuschreiben;
- die konsequente Umsetzung von Gender Mainstreaming in Bezug auf Berufsinformation und -beratung;
- eine öffentliche Anhörung zum Thema Berufswahlspektrum und Berufswegeplanung von Migrantinnen;
- ein Landesprogramm, um möglichst umfassende geschlechtergerechte und verständliche Informations- und Beratungsangebote für Eltern und LehrerInnen bzw. PädagogInnen bereitzustellen;
- das Thema berufliche Mädchenförderung auf der politischen Agenda z.B. in Gremien wie der KultusministerInnenkonferenz (KMK), der JugendministerInnenkonferenz, der FrauenministerInnenkonferenz etc. zu halten und in der Ausbildung von LehrerInnen/Erzieherinnen/SozialpädagogInnen und BerufsberaterInnen Gender Kompetenz breit zu verankern.